

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 5.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 29. Januar 1909.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich in Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 7605. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

## Lebuis der Gelbe.

Mit dem Namen „Lebuis“ ist die ganze gelbe Arbeiterbewegung zur Genüge charakterisiert. Vom bürgerlichen Journalisten brachte es Lebuis zum Redakteur der Dortmunder sozialdemokr. „Arbeiter-Zeitung“, von hier zum Herausgeber des sächsischen Sensationsblättchens „Sachsenstimme“ und weiter zum Generalissimus der Gelben. Da entziffere einmal jemand die Grundsätze des Bäckereis! — Wozu auch Grundsätze; kann man nicht ohne sie leben? — Uns deutet, daß die ganze gelbe Bewegung nichts weiter ist, als das Nachwerk von Personen, denen die Grundlosigkeit Prinzip ist, um aus dieser Haltung materielle Vorteile zu erzielen.

In dieser Auffassung werden wir bestärkt durch eine Anzahl Lebuis-Briefe, die der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband in einer Broschüre, „Der gelbe Sumpf“ betitelt, zusammengestellt hat. Die innere Fäule der gelben Bewegung wird in diesen Briefen geoffenbart und wird ihre Veröffentlichung gewiß dazu beitragen, daß allzu splendable Kreise der Industrie, soweit sie noch Empfinden für die Zweckmäßigkeit einer selbstbewußten Arbeiterschaft haben, sich mit Ekel von der von ihnen aufgepöpelten Jucht wenden. Die Lebuis'schen Briefe sind Dokumente des Selbstverkaufs; sie reden von der geistigen Prostitution der Arbeiter an den Kapitalismus. Die Gelben erhalten Geld für ihre Tätigkeit von den schwer reichen Industriemagnaten und täuschen die Öffentlichkeit, indem sie sich fälschlich als selbständige Bewegung hinstellen; Mitarbeiter für die gelbe Zeitung „Der Bund“ sind Industrielle und deren Angestellte.

Herrn Geheimrat Baare vom „Bochumer Verein“ schreibt Lebuis, daß es im Interesse des Wertes liege, die bestehenden Arbeiterorganisationen etwas zu modernisieren. Die konfessionellen Arbeitervereine seien keine gesunde Organisation. Ihr Streben ginge immer mehr zu den christlichen Gewerkschaften. „Die Arbeit“, das evangelische christliche Vereinsorgan, das in „echt sozialistischer Manier“ hebe, habe auch in Bochum schon Abonnenten. Da seien doch die gelben Vereine auf dem Werte zu fördern. Das sei ungefähr dasselbe, als wenn ein weitaussehender Fabrikant seine noch nicht ganz veralteten Maschinen durch moderne Maschinen ersetzte und mit dieser Maßnahme nicht bis zu dem Zeitpunkte wartet, wo ihm das Feuer unter den Nägeln brennt. Vermutlich würden bald einige Dortmunder Werke gelbe Vereine ins Leben rufen. — Der Aachener Stahlwarenfabrik wird mitgeteilt, daß die Gründung von gelben Vereinen am besten durch Strohmannen erfolge. Bei den Siemens-Werken habe ein Meister einem als zuverlässig bekannten Arbeiter die Anregung gegeben. Wahrscheinlich hat die Aachener Stahlwarenfabrik den ehemaligen christlich organisierten Metallarbeiter Herzogenrath, der heute auf eigene Faust lokalpatriotische, christlich-nationale Metallarbeiter-Verbands-Musik macht, für zuverlässig gelb gehalten. An diesen wendet sich Lebuis, da er erfahren habe, daß Herzogenrath der gelben Bewegung nicht ganz fernstehe. Der Stahlwarenfabrik teilt Lebuis dann mit, daß er sich mit Herzogenrath in Verbindung gesetzt habe und gern erbötig sei, einen Agitator nach Aachen zu senden, „da sie mir freundlichst zugesagt haben, die diesbezgl. Spesen zu tragen.“

Anregungen zur Gründung von gelben Vereinen läßt Lebuis ergehen an die Harpener Bergbau-Gesellschaft zu Dortmund, die Hibernia-Bergwerksgesellschaft zu Herne, den Bergbaulichen Verein zu Essen, den Förder Verein, den Phönix zu Görde und die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft. Im Ruhrrevier bestehe noch kein gelber Verein und müsse es gerade den Nachen ein leichtes sein, solche zu gründen. Freilich sei es notwendig, daß die Vereine bei den Arbeitgebern Verständnis und Unterstützung fänden. — Dem Direktor der Burbacher Hütte, Wagner, teilt Lebuis mit, daß „Der Bund“ nunmehr auch den Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften aufnehmen wolle. Dazu brauche er aber Kritische Redakteur aus dem Saarrevier. Eine Rücksprache mit der Direktion der Dortmunder Union habe ergeben, daß diese der Einführung einer gelben Gewerkschaft und dem Abonnement des „Bund“ wohlwollend gegenüberstehe. — Stadtrat Baumann von der Firma Seidel & Naumann in Dresden erhält die Nachricht, daß man sich sehr freuen würde, wenn öfters Artikel geliefert würden. — Eine wenig genehme Mitteilung erhält wohl der Arbeitgeber-Schutzverband deutscher Glasfabriken in Deuben bei Dresden. Nach dieser soll die Dresdener gelbe Bewegung durch das Eingehen der gelben Tageszeitung „Freie deutsche Presse“ einen Rückschlag erfahren haben. Die Arbeitgeber hätten durch die verunglückte Preisgründung 60 000 Mark verloren. — Lebuis ist auch gern bereit, nach Hagen i. W. zu kommen und auf dem Hauptwert des Herrn Direktor Roderburg (wohl Roderburg) einen gelben Verein zu gründen, wenn ihn die Hagen i. W. Klasse von genanntem Herrn

erstattet werden. — Die Unterstützung bei der Gründung eines gelben Vereins der Privatbeamten wird Herrn Syndikus König in Nürnberg angekündigt. — Eine Ankündigung der Aufwartung erfolgt an die Direktion von Seidel & Naumann in Dresden. — Direktor Freiherr von Sinauth von der Firma L. Löwe in Berlin wird um eine Satzungsänderung im Statut des gelben Werkvereins und um die Befundung seines Wohlwollens gebeten. — Die Großfirma Mülle in Leipzig-Plagwitz, die anscheinend einen gelben Verein gründen will, erhält die Nachricht: „Falls Sie die Kosten tragen wollten, würden wir auch einen Agitator nach Leipzig senden. Die Kosten betragen Reisegeld III. Klasse hin und zurück, sowie 10 Mk. für den Tag.“ — „Ehr daran gelegen“, so teilt Lebuis der Kgl. Eisenbahndirektion zu Berlin mit, „ist es mir, den zuständigen Dezerenten einen kurzen Vortrag über Wesen, Ziele und Erfolge der gelben Arbeiterbewegung halten zu dürfen, da die Kgl. Eisenbahndirektion doch wohl der größte Arbeitgeber in Deutschland ist.“ — Der Expeditur Väte in Hannover will sich auch auf gelben Gefilden betätigen und möglichst einen Sekretär anstellen. Lebuis hat eine geeignete Kraft auf Lager und teilt mit, daß der gelbe Metallarbeitersekretär 200 Mk. und der Holzarbeitersekretär 150 Mk. pro Monat an Gehalt erhält. — Direktor Graßmann von der Dortmunder Union wird angefleht, doch wenigstens für seine Vertrauensleute einige Exemplare des „Bund“ zu bestellen. — Ganz leicht deutet es Lebuis, auf den Glashütten gelbe Vereine zu gründen. „Dadurch, daß sie dem Verein eine dauernde Beihilfe geben, die gar nicht so groß zu sein braucht“, so teilt er dem Arbeitgeber-Schutzverband deutscher Glasfabriken in Deuben mit, „gewinnen sie ein dauerndes Aufsichtsrecht über den Verein.“ — Der Verband der Metallindustriellen zu Stuttgart wird von Lebuis erjucht, ihm einen fähigen und schneidigen Stuttgarter Rechtsanwalt namhaft zu machen, da er die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Zig“ wegen Beleidigung verklagen wolle. — Herr Baumeister Heuer in Berlin wird daran erinnert, daß er die Güte hatte, Lebuis für seine Bemühungen um eine gelbe Bauarbeiter-Organisation ein Honorar von 200 Mark zu versprechen. Außerdem habe er, Lebuis, Herrn Buchholz (wahrscheinlich der vorgeschobene der gelben Bauarbeiter) 30 Mark vorgeschickt. Herrn Heuer wird anheimgestellt, auch diese 30 Mk. zu erstatten. — Trotzdem der gelbe Verein in die Höhe gegangen sei, scheine Buchholz nicht der richtige Mann zu sein. — Das Gewünschte scheint etwas lange auf sich warten gelassen zu haben. Wenigstens läßt Lebuis dem Verband der Baugeschäfte Berlins die Mitteilung zugehen, daß eine kleine Beihilfe dem gelben Vereine mehr gedient hätte, als das Hinhalten. Keine Arbeiterbewegung sei in die Höhe gekommen, ohne daß sie nicht in ihren Anfängen finanziell unterstützt worden sei. Dem Verband der Baugeschäfte schwindelt Lebuis vor: Die Unterstützung der evangelischen und christlichen Gewerkschaften geschah durch Hunderttausende, und so mancher ist durch diese Unterstützung Kommerzienrat geworden.“ Für die Ueberführung der 200 Mark dankt er bestens. — Der Verband der Baugeschäfte muß jedoch nicht die besten Erfahrungen mit den Gelben gemacht haben. Lebuis teilt nämlich einem Maurer Fuhrmann mit, daß jener Verband es abgelehnt habe, noch weiter die Bezugsgebühr für den „Bund“ zu zahlen. — Sehr splendid zeigte sich die Firma Siemens & Halske A.-G., Berlin. Lebuis als Vorstand erlaubt sich, „der geehrten Direktion für die in so hochherziger Weise zugeordnete Unterstützung von 8 400 Mark auf ein Jahr seinen verbindlichsten Dank auszusprechen.“

Eine etwas bessere materielle Unterstützung wurde vom Verein Hamburger Reederei erbeten. Die Hamburger Ausgabe des „Bund“ rentiert sich gar nicht. — Die Berliner Firma Karl Flohr wird um Begleichung der Rechnung ersucht, da sie bisher für die regelmäßig überlieferten Exemplare des „Bund“ noch keinen Pfennig bezahlte. — Gedankt wird der Aachener Stahlwarenfabrik für die Erneuerung des Abonnements. Gleichzeitig wird ihr erklärt, daß Lebuis gern nach Aachen komme, falls die Firma wenigstens einen Teil der Reisekosten vergüte. — Von der Direktion der Maschinenfabrik Dückau A.-G. will, falls er zum Organ des Werkvereins gewählt wird, „Der Bund“ gern unentgeltlich Artikel aufnehmen. — Herr Cronau, Beamter der Allgem. Elektrizitäts-Akt.-Ges. wird zu einer Vorstandssitzung der Gelben freundlichst eingeladen.

Von der streikbrecherischen Tätigkeit der Gelben hat Lebuis eine hohe Meinung. Einem Herrn Paul Szubinski erklärt er, „daß Arbeitswütige, die den „Bund“ nicht lesen, nur Streikbrecher, aber keine Gelben sind, auf sie ist in der Stunde der Gefahr kein Verlaß.“ — Eine nicht so hohe Meinung hat Lebuis von seinen Nebenbuhlern. Heiersdorfer schließt zu schnell Freundschaft, Kaysarred hat Zigeunerblut und muß dann und wann blau

machen. Falls die Firma Schreiber & Weuster in Charlottenburg mit Heiersdorf nicht zufrieden sein sollte, erklärt sich Lebuis bereit, umgehend für Abhilfe zu sorgen. — Nach U. erstieren die Beldegg'schen süddeutschen Gelben nur auf dem Papier. Das Treiben des Herrn von Beldegg sei so anrühlich, daß eine Verbindung mit der gelben Arbeiterpartei in Stuttgart erst dann möglich sei, bis sich die Partei von jenem Herrn gesäubert habe.

Viel zu viel Manuskript für den „Bund“ hat der Oberleutnant Hahn von der Hamburg-Amerika-Linie geliefert. Er soll nur dann weiteres schicken, wenn er infolge Stoffmangels darum gebeten wird. — Dem Chefredakteur der scharfmacherischen „Post“ Dr. Kronsbain wird gedankt „für die gürtige Unterstützung unserer nationalen Arbeiterbewegung.“ Gleichzeitig wird Dr. Kronsbain gebeten, Mitarbeiter für den „Bund“ namhaft zu machen. Zehn Pfennig werden für die Zeile gezahlt. Einem Dr. Schellwien werden wegen seiner Sachkenntnis und seines Talentes 15 Wg. pro Zeile geboten. — Lebuis offenbart sich auch als Denunziant. Ohne mit der Wimper zu zucken, gibt er das Redaktionsgeheimnis preis. Der Polizei in Dresden nennt er unaufgefordert den Verfasser einer Notiz in der „Sachsenstimme.“ — Dem Renegaten Göß in Nürnberg sendet er den „Deutschen Metallarbeiter“, das Organ des christl. Metallarbeiterverbandes mit der Empfehlung zu, den Redakteur des Blattes zu verklagen. Auf alle Fälle würde der Redakteur wegen formeller Beleidigung des „werten Bürgers“ Göß verurteilt. Lebuis erbietet sich die Privatklage anhängig zu machen. — Einem Herr Kahl, der eine Broschüre gegen den bekannten Schriftsteller Karl May schrieb, steckte Lebuis 200 Mk. zu. „Ich sehe nicht an zu erklären“, so schreibt Lebuis der „Neuen Züricher Zeitung“, „daß ich jedem Schriftsteller, der Herrn Karl May in seiner wahren Gestalt zeigt, in ähnlicher Weise unterstützen würde.“ — Wir wüßten wirklich nicht, was Lebuis May vorzurwerfen hätte.

Nicht so kleinlich zeigt sich Lebuis gegenüber dem zahllosen Vorstand der Freien Vereinigung der Firma C. B. Saerz in Friedenau. Die Freie Vereinigung ist dem gelben Kartell untreu geworden, etwa dadurch, daß sie mit dem Abonnementsgelde für den Bund im Rückstande war. Deshalb soll sie sich nicht beeinflussen lassen, da andere Vereine „ganz andere Schulden haben.“ — Lebuis weiß ja sehr gut, wo Geldquellen vorhanden. — Er teilt auch Herrn Frik Enters in Brandenburg mit, daß die Brandenburger gelbe Arbeiterbewegung noch sehr entwicklungsfähig sei, zumal sie ja treue Freunde habe, wie den Herrn Direktor Ernst. — Ein allgemeines Schreiben weist die „werten Kollegen“ darauf hin, daß die Freizügigkeit der Gelben durch den Zentralarbeitsnachweis ermöglicht werde, durch das Hindirigieren nach den zahlreichen befreundeten Werken.

Auch in der hohen Politik macht Lebuis Versuche. Direktor Professor Dr. Budde teilt er mit, daß die Gelben „ungefähr nationalliberale Politik zu machen“ hätten, daß diese Politik aber nationaldemokratisch zu nennen sei. Anders würden die ehemaligen Sozialdemokraten auf Vorurteil die Gefolgschaft verlassen. Es komme ja nicht auf die Etikette, sondern auf die Wirklichkeit an. — Recht ungehalten ist Lebuis darüber, daß der Jogen. Förderungs-ausschuß des Generals von Loebell den Vaterländischen Arbeitervereinen bereits 24 000 Mk. zugeführt hat, die gelben Arbeitervereine jedoch noch keinen Pfennig von dieser Seite erhalten haben. Nicht einmal 5—6000 Mark wollte man ihnen auf zwei Jahre pumpen. Unter solchen Umständen soll der Förderungs-ausschuß nicht behaupten können, daß er unparteiisch die junge nationale Arbeiterbewegung fördere. — Zum Zeichen, daß die Gelben national gesinnt sind, erklärt Lebuis dann in zwei weiteren Schreiben seinen Beitritt zum deutschen Flottenverein und zur deutschen Kolonial-Gesellschaft.

Den Lebuis'schen Briefen ein Nachwort zu geben, ist überflüssig. Wer Lebuis ist, legen sie offen dar. Die deutsche selbständige und selbstbewußte Arbeiterschaft weiß, was sie an Lebuis und den Gelben besitzt.

## Krankenkassenfragen.

Bei der kommenden Reform der Arbeiterversicherung steht die Gestaltung des Krankenkassenwesens im Vordergrund des Interesses der weitesten Arbeiterschichten. Es erklärt sich dieses aus der Bedeutung, die das Krankenkassenwesen für den Arbeiter unserer Zeit gewonnen hat. Einerseits ist es die Krankenkasse, die in den weitaus meisten Fällen der Verdienstlosigkeit der Retter in der Not ist, andererseits ist durch die Verwaltung der Krankenkassen das Selbständigkeitsgefühl in der Arbeiterschaft nicht unbedeutend gemindert worden. Die



Arbeiterchaft hatte hier Gelegenheit zu zeigen, daß sie reif sei, ihre Geschicke selbst zu führen, wo es sich um die Hebung und Erhaltung des Standes handelte.

Aus diesen Gesichtswinkeln heraus betrachtet, ist es natürlich, daß die Arbeiterchaft sich nicht mit jeder und aller Reform des Krankenkassenwesens befreunden kann und darnach trachtet, die alten Vorteile und Rechte auch für die Zukunft zu behalten. Die Fragen die sich so an die geplante Reform anknüpfen, deuten hin auf die Organisation der Kassen, ihre Art, die Selbstverwaltung, die Arztfrage, die Versicherungsgrenze u. dgl. In der Kölner Ortsgruppe der Gesellschaft für Sozialreform hielt nun unlängst der Beigeordnete Dr. Fuchs, der die Aussicht über die Krankenkassen der Stadt Köln führt, einen Vortrag, der andeutet, wohin die Reform des Krankenkassenwesens gehen soll.

Ueber die Organisation der Kassen gehen die Meinungen der Beteiligten auseinander. Uebereinstimmung besteht nur darin, daß die niedrigste Kassenart, die Gemeindeversicherung, verschwinden sollte. Ebenso herrscht über den Ausbau der Ortskrankenkassen Einmütigkeit. Der heutige Zustand der Zerplitterung des Kassenwesens ist kein idealer. Man beklagt dadurch überflüssige Verwaltungskosten, Zuständigkeitsstreitigkeiten, dadurch bedingt zeitweise Vorenthaltung der dem Erkrankten zulehrenden Kassenleistung, Verschiedenartigkeit der Leistungen, das Verlorengelien wohl-erworbener Rechte beim Wechsel der Arbeitsstelle u. s. f. In der Stadt Köln ist die Zerplitterung besonders stark; sind doch nicht weniger wie 85 Krankenkassen vorhanden. Dr. Fuchs erklärt, daß man sich nicht grundsätzlich auf den Standpunkt stellen dürfe, den Betriebs-, Innungs- und Hilfskassen sei der Krieg zu erklären. Diese Kassenarten verdanken eben der Entwidlung von Handel und Wandel ihre Daseinsberechtigung. Doch sei auch der Standpunkt der Gegner zu verstehen. Riehe doch die Betriebskassen der Ortskassen das beste Material fort und sei in ihr die Vorherrschaft des Arbeitgebers gegeben. Professor Stier-Somlo-Vom, der schon oft für die Betriebskassen eine lange geschrien hat, begründet deren Zweckmäßigkeit mit der Art des Betriebes (große Erkrankungsgefahr), der Annäherung zwischen Fabrikanten und Arbeitern, die nicht notwendig geringer sein brauchende Selbstverwaltung; die Ersparnis von Verwaltungskosten; die Beringerung der Simulationsgefahr und die Bedeutung der Zuschußpflicht des Arbeitgebers. Die Gründe der Gegner der Betriebskassen erscheinen aber eben so diskutabel. Dr. Fuchs glaubt beiden Seiten gerecht zu werden durch die Aufstellung des obersten Grundsatzes, daß niemals Gründe der Sparsamkeit zur Gründung einer Betriebs- oder Innungskasse führen dürften. Man müsse vorzuschreiben, daß derartige Kassen dieselben Leistungen gewähren wie die Ortskassen am Platze. Die Grenze zur Bildung einer Betriebskasse müsse von 50 auf etwa 500 Arbeiter erhöht werden. Damit ein anstehendes Mitglied der Kasse, die es in der Kasse erworben habe nicht verlustig gehe, empfehle sich, daß diese Kasse innerhalb einer bestimmten Zeit das Mehr, welches sie über die andere Kasse gewähre, leiste. — Bei den Hilfskassen solle man den Auswärtigen zu Hilfe gehen, die Gründung erschweren, größere Mindestleistungen verlangen, die Kontrolle verschärfen und den Paragrafen, der bei Versicherung in einer Hilfskasse die Zwangsversicherung aufhebt, beseitigen. Der Arbeitgeber dürfe nicht durch die Versicherung der Arbeiter in einer Hilfskasse entlastet werden. Falls sich ein Arbeiter in zwei Kassen versichern wolle, sei der Simulationsgefahr durch die Bestimmung zu begegnen, daß das Krankengeld beider Kassen nicht höher, oder nur wenig höher sein dürfe, wie der verdiente durchschnittliche Tagelohn.

Bei der Neuorganisation der Krankenversicherung, sei das Wort „Selbstverwaltung“ zu einem Schlagwort geworden. Eine unbegrenzte Selbstverwaltung gebe es schon heute nicht; weder bei den Kommunen und sonstigen öffentlichen Institutionen, noch bei den Krankenkassen. Der Staat müsse aus Egoismus, aus Notwehr, alles von der Selbstverwaltung fern halten, was seinen Bestand gefährden könne. Jede Selbstverwaltung müsse sich eben dem einen unterordnen, der Ordnung, die über allen Gliedern eines Staates liege, der jeweiligen Staatsordnung. Kein Einzeliger wolle man die Selbstverwaltung der Kassen beseitigen, aber sagen müsse jeder Kritiker, daß den Kassen ein zu weiter Spielraum gelassen sei. Daß heute eine parteipolitische Ausnutzung der Kassen möglich, würde von keiner Seite geklagt; geklagt wird nur, daß eine solche Ausnutzung geschehen ist. Jeder Kassenverband, der sich aus Sozialdemokraten zusammensetzt, würde auch gemäß seiner politischen Ueberzeugung Beschlüsse fassen. Es komme dabei immer auf den einzelnen Gegenstand an. — In Köln sei die Erhaltung gemacht worden, daß sehr oft das Vorstandsamt ein Durchgangsposten zum Kassenamt wäre. Dieser Zustand sei abzuhängen. Als Vorstandsmitglied ist der Betreffende Begehrter des Mandanten und erst dann nachträglich bei seiner Umbekennung zum Krankenkassenamt herab. Dadurch erhält er eine Bedeutungslosigkeit, die er nicht verdient.

Und man können sich die Fäden, die am heutigen Kassenleben unentwählig sind, Schmutzfliegen, Organisationslosigkeit, Unklarheit u. s. f. — Die Hoffnung, daß in der Kasse Einsparungen für gewisse Parzellen geschaffen werden, läßt sich vermeiden dadurch, daß auch Arbeiter anderer Parteien etwas zu sagen haben, daß die Betriebskassen nicht eingeführt wird. Nicht die Bekleidung eines Vorstandspostens gebe die Befähigung zum Kassendirektor, sondern erst eine mehrjährige Vorbildung.

Die Selbstverwaltung der Kassen findet ihre natürliche Grenze darin, daß sie ihren Lebenszweck durch Arbeitergewinnen erhalten. Die heute gezeigte Grenze sei unzulässig gezogen. Die Aufsichtsbehörde habe heute nicht die Zweckmäßigkeit einer Einsetzung der Kassen zu prüfen und keine Befugnisse erst einzusetzen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen sei. Die Aufsichtsbehörde trage im Zweifel auf dem einen Seite nur nach der, auf der anderen Seite nach sich über die Ueberprüfung der Befugnisse. Diese

Befugnisse müßten genau präzisiert und festgelegt werden. Die Gefahr des Bürokratismus sei nicht so groß. Bei den Kassen selbst mache er sich jedoch öfter breit. In Köln hat die Aufsichtsbehörde tatenlos zusehen müssen, daß zwei Kassen bei der Anstellung resp. Pensionierung von Beamten Beschlüsse faßten, die ihre finanzielle Leistungsfähigkeit übersteigen.

Eine Beschränkung der Selbstverwaltung erblicke man vielfach in der Gewährung des gleichen Stimmrechtes an Arbeiter und Arbeitgeber und in der Anstellung eines Beamten als Vorsitzenden der Kasse. Der heutige Zustand sei nicht haltbar, da die Arbeitgeber in den Sitzungen der Kasse nichts zu bedeuten hätten. Zur Zeit seien in Köln zwei Kassenvorstände ohne Arbeitgebervertreter. Die Arbeitgeber erklärten, daß die Arbeiter mit gebundener Marschroute in die Versammlungen kämen und dem „ja“ der Arbeitgeber ein striktes „nein“ entgegensetzten. Ein Mensch, der etwas auf sich halte, könne das nicht mitmachen. Die Ohnmacht der Arbeitgeber in den Ortskrankenkassen treibe diese geradezu zur Gründung von Betriebskassen, und solche Gründungen will man doch nicht fördern. Mit dem bürokratischen Vorsitzenden kann sich Dr. Fuchs nicht befreunden. Er hält es vielmehr für ratsam, daß die Mittelperson zwischen den Parteien ein von der Aufsichtsbehörde zu bestimmender Mandant sei. Auf die Wünsche des Vorstandes müsse hierbei jedoch billige Rücksicht genommen werden.

In der Arztwahl, spielt das Schlagwort „freie Arztwahl“ eine große Rolle, obschon es eine wirkliche freie Arztwahl gar nicht gibt und geben wird. Für den jungen Arzt, sei ja der Gedanke verführerisch, daß allein die Tüchtigkeit bei der freien Arztwahl das entscheidende sei. Daß treffe aber nicht zu. Das Vertrauen der Durchschnittskassen-Patienten erwerbe sich der Arzt nur dadurch, daß er die Fingel schleppen lasse. Das System der freien Arztwahl, wie es der Leipziger Ärzte-Verband verlange, sei undurchführbar, weil es die Kassen unverhältnismäßig hoch belaste. Die Kassen werden dadurch ihrer Aufgabe, die Leistungen auszubauen, immer mehr entzogen; mit Arzneien und Heilmitteln wird Klientenfang getrieben. Da lebt die ganze Familie von der verschriebenen Milch, in einer Fabrik macht beim Frühstück die Lokaperlschale oder der Pepsinwein die Runde. Die Statistiken der Stadt Köln beweisen, daß die zwangsweise angeordnete freie Arztwahl, den Kassen eine Steigerung der Ausgaben gebracht hat; den wichtigsten Faktor lassen die Statistiken nicht erkennen, nämlich daß ein Zusammenarbeiten von Kassen und Ärzten nicht stattgefunden habe. — Bei der Reform der Versicherung würde man wohl die freie Arztwahl fakultativ zulassen; an eine gesetzliche Einführung, wie sie der Leipziger Verband erstrebe, sei aber nicht zu denken.

Ohne mit allem einverstanden zu sein, was Dr. Fuchs in seinem Vortrage vorbrachte, glauben wir doch, daß der Vortrag manche Gedanken enthält, die der Beachtung der Arbeiterchaft wert sind. Dr. Fuchs redete von seinem Standpunkte, vom Standpunkte der Aufsichtsbehörde aus. Demgegenüber hat die Arbeiterchaft die Pflicht, auch ihre Wünsche zur Reform der Krankenversicherung zu erheben.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 5. Wochenbeitrag im Jahre 1909 für die Zeit vom 24.—31. Januar fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Sozialbeitrages von 5 Pfg. erhält die Zahlstelle Lindau.

Einige Zahlstellen sind noch mit der Abrechnung pro IV. Quartal 1908 im Rückstande. Um baldige Einsendung wird dringend ersucht.

Das Mitgliedsbuch 42804, auf den Namen Josef Achtermann lautend, ist verloren gegangen und wurde für ungültig erklärt.

#### Lohnbewegung.

**Verbandsmitglieder!** Tretet keine Arbeitsstelle an, ohne Euch vorher bei der Verwaltung der zuständigen Zahlstelle zu erkundigen, gleich ob im Organ die Sperre über den Betrieb bekannt gegeben ist oder nicht. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bedingt, daß nicht in jedem einzelnen Falle die Sperrung der Betriebe durch das Organ erfolgen kann; abgesehen davon, daß auch sonst aus tatsächlichen Gründen die Berücksichtigung der Sperre nicht immer zweckmäßig ist. — Wer vor Schaden bei Arbeitswechsel geschützt sein will, siehe deshalb die Ortsverwaltung zu Rate.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzureichen.

**Geplante Tarifverhandlungen für das rheinisch-westfälische Industriegebiet.** Am Donnerstag den 21. Januar wurden im Rathhaus zu Essen auf Einladung des Einigungsamtes für das Berggewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten die im vorigen Jahre abgebrochenen Verhandlungen über die Erneuerung von 26 Tarifverträgen wieder aufgenommen. Eine Einigung wurde jedoch auch diesmal nicht erzielt. Nach zweistündiger Dauer wurden vielmehr von Vorsitzenden der Verhandlungen ergebnislos geschlossen, ohne daß man über den ersten Punkt hinweggekommen war. Von den Arbeitgebern wurde ein Bezirksamt gebildet, dem später weitere Ortsangehörige werden sollen, während die Arbeitnehmer sich auf dem Standpunkt

der Einzelverträge stellten. Die Arbeitervertreter zeigten jedoch insofern Entgegenkommen, als sie sich bereit erklärten, für alle Verträge einem einheitlichen Ablaufstermin und einer Reihe einheitlicher Bestimmungen ihre Zustimmung zu geben. Das genügt aber den Arbeitgebern nicht. Sie bestanden auf der Abschließung eines Bezirksvertrages, weil sie das in Berlin so beschloffen hätten. Das war auch bei den Verhandlungen im vorigen Jahre immer wieder der Weisheit letzter Schluss: „Wir haben das so beschloffen in Berlin und davon gehen wir nicht ab.“ Wenn zum Abschluß eines Vertrages nicht zwei Parteien gehörten, wären die Berliner Beschlüsse vielleicht als kluge zu bezeichnen. Das kann man jedoch in diesem Falle, wo sich zwei Parteien durch Verhandlungen verständigen müssen, nicht sagen. Wenn die Arbeitervertreter sich gegen einen Bezirksvertrag sträuben, so tun sie das, weil sie dem Arbeitgeberbund, der sich im Jahre 1904 in so glänzender Weise als tariftreu gezeigt hat, nicht das Mittel in die Hand geben wollen, bei dem geringsten Anlaß in irgend einem Vertragsort den ganzen Tarif über den Haufen werfen zu können.

Daß die Arbeiter allen Grund haben sehr vorsichtig zu sein, beweist unter anderem auch folgende irreführende Mitteilung über die stattgehabten Verhandlungen in der letzten Nummer der Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeber-Zeitung:

Nach etwa zweistündiger Beratung wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, daß sie einen Vertrag für das ganze Gebiet nicht abschließen würden, während die Arbeitgeber mit derselben Bestimmtheit zum Ausdruck brachten, daß sie nur einen sogenannten Bezirksvertrag abschließen würden. Da eine Einigung über diese prinzipiellen Punkte vor Eintritt in die eigentlichen Spezialverhandlungen nicht erzielt war, so erklärte der Vorsitzende, Herr Beigeordneter Rath-Essen die Verhandlungen für gescheitert. Interessant ist hierbei, daß die vorhergehenden Verhandlungen im Holzgewerbe über das Geltungsgebiet des Vertrages vollkommen Klarheit gebracht hatten und daß sie nur wegen der unerfüllbaren Lohnforderungen der Arbeitnehmer gescheitert waren. Bemerkenswert ist ferner, daß die Arbeitnehmer selbst im Juni v. J. bereits einen Vertragsentwurf überreicht hatten, der eine Verhandlung zwischen den großen Organisationen auf beiden Seiten und für ein großes Gebiet vorsah. Wenn man demgegenüber die Tatsache hält, daß der Arbeitersekretär B. in der bei ihm bekannten Manier erklärte, man hätte schon früher diese großen Verträge entschieden zurückgewiesen und verhielt sich daher auch heute ablehnend, so ist das recht wunderlich und zeigt, wie wenig der Arbeitersekretär B. über das unterrichtet ist, was in seiner Gegenwart verhandelt wurde. Dem Herrn wurde seitens der Arbeitgeber die entsprechende Antwort erteilt. Es wird nunmehr in nächster Zeit eine Versammlung aller Verbände des Holzgewerbes stattfinden, um in der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Weitere Mitteilungen behalten wir uns noch vor.

Interessant ist an diesem Bericht nach unserer Kenntnis der Dinge nur, daß er in den wesentlichen Punkten genau das Gegenteil von der Wahrheit enthält. Auch im vorigen Sommer haben die Arbeitervertreter sich mit dem Bezirksvertrag nicht einverstanden erklärt. Sie haben einen Vertragsentwurf überreicht, in welchem im Gegensatz zu dem Arbeitgeberentwurf nichts enthalten ist, was auf einen Bezirksvertrag hindeutet. Genau so verhält es sich mit den unerfüllbaren Lohnforderungen, die die Arbeiter gestellt haben sollen. Damit sich jeder ein Urteil bilden kann, was der Arbeitgeberbund für unerfüllbar hält, wollen wir seine Lohnzugeständnisse vom vorigen Jahre hier anführen. Es sollten erhalten eine Stundenloohnerhöhung: Dortmund 0, Mengede 0, Hörde 0, Ramen 2 Pfg. 1909, Sagen 1 Pfg. 1909, Haspe 1 Pfg. 1909, Gelsenkirchen 2 Pfg. 1909, Wanne 2 Pfg. 1909, Rothhausen 2 Pfg. 1909, Herne 0, Redlinghausen 1 1/2 Pfg. 1909, Mülheim/Ruhr 1 Pfg. 1909, Oberhausen 1 Pfg. 1909, Gladbeck 1 Pfg. 1908 und 1 Pfg. 1909, Borbeck 1 Pfg. 1909, Gelsen, Bottrop, Horst-Emscher, Delde und Buer 1 Pfg. 1908 und 1 Pfg. 1909, Bocholt 1 Pfg. 1909, Rheine, Lünen und Groven 2 Pfg. 1908 und 1 Pfg. 1909, sowie Cleve und Goch 1 Pfg. 1909. Daß die Arbeiter bei solchen Zugeständnissen lieber ohne Vertrag arbeiten wie mit Vertrag, kann ihnen niemand verdenken. Um nichts zu erhalten, braucht man keine Verträge zu schließen; das kann man auch ohne Verträge bekommen.

Nicht an den Arbeitern liegt es also, wenn bis heute ein Vertrag nicht zustande kommen konnte, sondern an der Gegenseite. Hoffentlich wird die angefordigte Versammlung aller Verbände des Holzgewerbes zu der Einsicht kommen, daß den Arbeitern mehr Entgegenkommen gezeigt werden muß, wie das bisher geschehen ist.

#### Berichte aus den Zahlstellen.

**Cassel.** Nunmehr hat unser Verband auch in Cassel Fuß fassen können. Den Bemühungen des christlichen Gewerkschafts-Kartells gelang es eine Holzarbeiterzahlstelle zu gründen. Am 15. Januar fand die erste Versammlung statt, in der Kollege Gundlach vom christlichen Keram- und Steinarbeiterverband referierte. Diese Versammlung brachte uns eine Anzahl Mitglieder und wurde denn beschloffen, am 23. Januar wieder eine Versammlung abzuhalten, um die Ortsverwaltung zu wählen. Kann halten die Genossen erfahren, daß wir eine Zahlstelle gegründet, geritten sie auch schon furchtbar in Garnisch. Am die Holzarbeiter von dem Beitritt zu unserm Verbande abzuhalten, griffen sie zu Gewaltmaßnahmen. Die Genossen glaubten, wenn sie einen christlich organisierten Arbeiter brotlos gemacht hätten, dann würden die anderen dadurch eingeschüchtert und unsere Zahlstelle würde im Keime erstickt werden. Zu diesem Zweck erschienen am Donnerstag den 21. Januar 2 Genossen bei dem Hofkammermeister Bogt, und verlangten die Entlassung eines unserer Mitglieder. Als der Arbeitgeber diesem Wunsch nicht nachkam, legten die Genossen die Arbeit nieder und verließen während der Arbeitszeit die Werkstätte. Jedenfalls ist den Genossen aber ein Licht aufgegangen als sie sahen, daß auch ohne sie gearbeitet werden kann und so wurden dann gleich wieder Verhandlungen angebahnt und am Samstag die Arbeit wieder bedingungslos aufgenommen. Die Ober-Holzgenossen haben



ein, daß eine Dummheit gemacht war und so suchten sie in Willkür. Bei den Verhandlungen erklärte der Lokalrat: „Sie hätten die Arbeit nicht wegen unserm Leben, sondern wegen der Mißstände, die im Betriebe des Holzwerks herrschten, niedergelegt.“ Unter anderem behaupteten auch, unser Mitglied hätte die Genossen denunziert. Beweise für hatten sie natürlich nicht. Der Lokalbeamte Edel war auch ehrlich genug, in einer am Sonntag den 24. Januar Fritzlar stattgefundenen öffentlichen Versammlung einzugehen, daß sie die gegen unsern Kollegen gemachten Beschuldigungen nicht aufrecht erhalten könnten. Damit geben sie selbst zu, daß überflüssigen Genossen die Arbeit nur wegen Zugehörigkeit zu Kollegen zu unserm Verbands niederlegten. Dieser Genossenschaft ist ihnen aber nicht gelungen und wir können den Genossen nur raten, derartige Experimente in Zukunft nicht mehr zu machen.

Am Samstag den 23. Januar hatten wir wieder Versammlung, in der Kollege Erising-Frankfurt über das Thema: „Warum organisieren wir uns im Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands“, referierte. Auch in dieser Versammlung traten wieder neue Kollegen dem Verbands bei. Zeichen, daß sich die Holzarbeiter durch den Gewaltstreik Genossen nicht einschüchtern lassen. Unsere Mitglieder sind voll auf dem Weg, daß sie in Cassel einer ersten Zeit entgegengehen, aber sie sind auch gewillt, alle Hindernisse zu überwinden und unverzagt an dem Ausbau der Ortsgruppe und an Gewinnung neuer Mitglieder mitzuarbeiten.

**Hildesheim.** Wie ein Wanderer zurückschau auf den zurückliegenden Weg, so schauen wir zurück auf das Jahr 1908 und uns die Frage vor: Haben wir im verfloffenen Jahre auch überzeugte Gewerkschaftler für unsern Verband gearbeitet. In Jahresbericht, welcher uns vom Vorsitzenden in der Generalversammlung gegeben wurde, war zu entnehmen, daß die Hildesheimer gut gearbeitet hat. Gleich im Anfang des Jahres im Januar legten die organisierten Stellmacher in der Holzfabrik Utermöhle die Arbeit nieder. Nachdem jedoch Mitglieder des sozialdem. Verbandes Streikbrecher worden waren, nahmen die übrigen Arbeiter unter Beistand der Arbeiter die Arbeit wieder auf. — Die durchgeführte Agitation brachte uns einen guten Erfolg; von 58 Mitgliedern sind wir auf 73 gestiegen. Um über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen besser unterrichtet zu werden, wurde eine Statistik aufgenommen, welche wir in einigermaßen veröffentlicht werden. — Der Verkauf von Bürsten von der Genossenschaftsfabrik Kamberg kann als gut bezeichnet werden. — Um die Jugend für uns zu gewinnen, haben diejenigen Lehrlinge, welche am 1. April 1908 ausliefen, zu einer Vorbesprechung geladen und hatten wir vollen Erfolg. — Bibliothek und Arbeitsnachweis wurden den Mitgliedern gut in Anspruch genommen. — An den Versammlungen der Tischler-Znunnungs-Krankenkasse müssen unsere Mitglieder mehr als bisher beteiligen. — Das Verbandsmitglied zu den konfessionellen Arbeitervereinen ist erwünscht. — Gesteuer sind zwei Mitglieder. — Im Jahre 1908 fanden 4 Generalversammlungen, eine allseitige und 20 Mitgliederversammlungen statt. Die Versammlungen wurden insgesamt von über 600 Kollegen besucht. Außerdem fanden 22 Vorstandssitzungen und Vertrauensmännerversammlungen, 32 Werkstättenversammlungen, 2 Werkstatteigentümerversammlungen, 18 Fabrikversammlungen und je 2 Agitationskommissionen und der statistischen Kommissionen statt. In 18 Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Am 1. November hatten wir zu der Versammlung auch Frauen der Mitglieder geladen und sprach der Vorsitzende das Thema: „Warum müssen sich die Frauen für unsere Arbeit interessiert.“ Der Vorsitzende nahm im verfloffenen Jahre allein an 211 Sitzungen und Versammlungen teil. — Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt. Aufnahmen wurden 18 verkauft, Beitragsmarken 2648 Stück. Die Einnahmen betrugen 1658,20 Mk. Die Abgabe an die Krankenkasse 1147,35 Mk. An Bestand für die Lokalkasse verblieben 285 Mk. — Der Vorstand wurde pro Klamation einstimmig gewählt, ein Zeichen, daß die Mitglieder mit dem Vorstand zufrieden sind.

Unsere Kollegen, sorgen wir nun dafür, daß wir im Jahre 1909 wieder vorwärts kommen. Das geschieht, wenn Vorstand, Vertrauensmänner und Mitglieder Hand in Hand arbeiten. Wenn wir auch regelmäßig die Versammlungen. Sonntag, den 22. Februar abends 8 Uhr findet die nächste im Verbandslokale statt. Den Vortrag hat Herr Sprachlehrer Koch übernommen. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen und pünktlich zu erscheinen.

**Schweizer.** Dem Beispiel der Kollegen in den Nachbarorten folgend, haben auch eine Anzahl hiesiger Holzarbeiter hier sich dem Verbands angeschlossen. Jedoch spät zwar, jedoch nicht zu spät. Nach einigen Vorbesprechungen fand am 24. Januar die Gründungsversammlung statt. Die anwesenden Kollegen erklärten, allem Eifer der Agitation betrieblen zu wollen und nicht zu lassen, bis auch der letzte, der in Schweizer arbeitenden Kollege organisiert sei. Ganz besonders sollen die Kollegen von den Worten über die Ziele des Verbandes aufgeklärt werden. In Vorstand wurden die Kollegen Kambacher, Peters, Wagner und Rosarius gewählt. Einige ermunternde Auslassungen des Kollegen Sinters-Kachen fanden reichen Beifall. Wir hoffen, daß das am vergangenen Sonntag gepflanzte Saatgut sich bald zu einem kräftigen Baume entwickeln möge.

**Göln-Schreiner.** Schwere Schläge für unsere Zahlstelle und davon betroffenen Kollegen waren es, daß die hiesige Wagfabrik vom Herzbrand & Co. größere Kündigungen der Schreiner und Stellmacher vornahm. Von den geübten Holzarbeitern, 70 an der Zahl, gehörten die Hälfte der Zahlstelle an. Jedenfalls hätte dieses Handeln der Verwaltung, auf die eine oder andere Weise für die Arbeiter der ausfallen können. Hier zeigt sich wieder einmal, welche Wichtigkeit die Arbeitgeber auf die Arbeiter nehmen. Erfolgreich dieses war der Verlauf unserer Generalversammlung in der unser Zentralvorsitzende Kollege Kurtscheid anwesend war. Wurde der Jahres- und Kassierenbericht (letzterer wurde jedem in der Versammlung anwesenden Kollegen fotografisch ausständig) mit Zufriedenheit hingenommen, so bot auch die Hauptwahl ein recht einmütiges Bild. Nachdem unserer hiesiger Vorsitzende Kollege Flohr sich nach einstimmiger Wahl erklärt hatte das Amt wieder anzunehmen, lehnten auch die übrigen Vorstandsmitglieder die Wiederwahl nicht ab. Somit ist die in der Führung der Kassengeschäfte kein Wechsel eingetroffen werden die Unterstützungen wie bisher vom Kollegen Weinberg, Könerstraße 100 ausgeführt. Neu zu wählen zum Vorstand waren zwei Kollegen in deren Auswahl jedenfalls auch

ein guter Griff gemacht worden ist. Kollege Kurtscheid hob anerkennend hervor, daß wir trotz der Krise, nach jeder Richtung, sowohl in Bezug auf den Mitgliederbestand, als auch auf die Kassenverhältnisse schöne Fortschritte gemacht haben. Besonders hob er die Verdienste einer guten Geschäftsleitung hervor, die den Kollegen ein derartiges Zahlenmaterial unterbreiten könne, wie das hier gegeben ist. Eine besondere Freude sei es ihm, daß er eine stattliche Anzahl Kollegen hier vertreten sehe, die noch dieselbe Mührigkeit zeige, wie vor 8 Jahren, was durch ein Nachschlagen im Protokollbuch bewiesen werde. Kollege Kurtscheid erläuterte noch die allgemeine Lage des Verbandes, die auch eine verhältnismäßig gute sei. Seine inhaltreichen Worte wurden mit Begeisterung aufgenommen und dürften für jeden Kollegen ein Ansporn gewesen sein, sich in Zukunft noch tätiger zu zeigen als bisher.

**Mülheim-Ruhr.** Die im November vorigen Jahres zugunsten der Sozialdemokraten getätigten Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse Mülheim-Broich wurde nach eingeleitetem Protest zugunsten der christlichen Arbeiter entschieden. Von 289 abgegebenen Stimmen entfielen 160 — 171 auf die christliche und 118 auf die sozialdemokratische Liste.

**Kauf.** Wir hatten am 21. Dezember 1908 Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse. Wie freigeig die Herrn „Genossen“ hierbei waren, erkennt man daran, daß sie uns vorher ganze zwei Vertreter zustanden. Wir verzichteten jedoch darauf und sagten: lieber gar keinen Vertreter als von den „Genossen“ zwei geschenkt. Wir stellten selbst eine Liste mit acht Kandidaten auf, von denen 6 gewählt wurden. Die „Genossen“ brachten 12 Mann durch. Würden wir mit 2 Vertretern zufrieden sein, so hätten unsere Kollegen nicht in die Vorstanderschaft kommen können. In welchem Siegesbewußtsein sich die „Genossen“ fühlten, zeigt, daß sie ihren „Genossen“ Tübel ungefähr 4 Wochen lang nach Fürth sandten, um als zukünftiger Kassierendamt praktisch tätig zu sein nach Schluß der erfolgten Wahlen. Es sollte aber anders kommen, denn ihre Hoffnung wurde zunichte. Am 23. Dezember war die Vorstandswahl; hier brachten wir zwei Mann durch, die Genossen vier. Die Arbeitgeber wählten auch. Von ihnen kamen drei in die Vorstanderschaft. Wir können so sagen, daß die Verwaltung nicht allein in sozialdemokratischen Händen ruht. — Die Genossen scheuten sich vor der größten Verleumdung nicht, um zum Siege zu gelangen. Ein Flugblatt welches in letzter Stunde noch ausgegeben wurde, war mit feinen „Schmeicheleien“ geziert. Selbstverständlich fehlte auch in diesem Flugblatte nicht der Hinweis, daß die christlichen Streikbrecher seien. Da die Genossen so unvorsichtig waren Namen zu nennen und ehrliche Arbeiter des Streikbruches beschimpften, wird die Angelegenheit noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

**Bremen.** Ueber die in Bremen beendete Aussperrung berichtete die „Holzarbeiter-Zeitung“ in Nr. 4. Bei dieser Gelegenheit erachtet letztere die Zeit für gekommen, um mal wieder auf den „Christlichen“ heranzukommen. Da die Bewegung nicht nach Wunsch ausfiel, mußte eben ein Sündenbock gefunden werden und was lag deshalb näher und was wirkte besser, als daß man in die Welt hinausruft „die Christen sind's schuld.“ — Lassen wir die „Holzarbeiterzeitung“ mal selbst berichten: „Ein Teil größerer Betriebe, die nicht dem Schutzverband angehören, auf die aber von beteiligter Seite gerechnet wurde, arbeiteten ruhig weiter und stellten zur Zeit der Aussperrung noch Leute ein. Auch die großen Hoffnungen, die man teilweise auf die Christen gesetzt hatte, erfüllten sich nicht, trotzdem daß beide Parteien sich vor der Aussperrung die größte Mühe gaben, Mittel und Wege zu finden um dem von ihnen so verhassten Holzarbeiterverband eins auszuwichen. Wie uns mitgeteilt wurde, soll man aber im Lager der Christen seine Zustimmung versagt haben, ein zweites Köln zu machen. Die hiesige Zahlstelle, der nur 11 Tischler angehören, hatte den festen Vorsatz dazu, wie der Vorsitzende schon im Laufe des Sommers in unserer Versammlung erklärte.“ — In diesem Stille geht es dann weiter, um der Rimeit fund zu tun, was für gefährliche Menschen die 11 Tischler in Bremen sind. Wir glauben jedoch, daß Schreiber des Artikels sich in der Zahl versehen hat; deshalb werden es aber wohl kaum weniger sein. Was die Hoffnungen betrifft, die die Arbeitgeber auf unsere Zahlstelle gesetzt haben sollen, können wir nur mitteilen, daß uns nichts davon bekannt ist; überhaupt was sollen denn 11 Mann, wo sonst einige 1000 beschäftigt werden. Aber so geht es; das ganze Jahr weiter man in den Versammlungen auf die Christen und malt den Teufel an die Wand. Man mittelt Gefahr, wo keine besteht; nur die Gefahr in den Köpfen der irreführenden Masse merkt man nicht. Zur Orientierung unser Kollegen sei hier noch mitgeteilt, daß 14 Tage vor der Aussperrung unsererseits eine Kommission auf dem Büro des soziald. Holzarbeiter-Verbandes war. Es wurde die Frage gestellt, ob es möglich wäre die Bewegung gemeinsam zu führen und welche Rechte man uns eventuell einräumen würde. Der Bevollmächtigte erklärte, von seiner Person aus beständen keine Schwierigkeiten gegen eine gemeinsame Führung der Bewegung. Natürlich entschied er nicht allein, sondern er mußte den Fall seinen Kollegen unterbreiten. Auf die Frage, wie es mit einem Kollegen von uns in der Lohnkommission wäre, erklärte der Bevollmächtigte, eine Lohnkommission bestche zur Zeit nicht, deshalb sei es auch nicht möglich, daß von uns einer zugezogen würde. Da hatten wir genug gehört; denn wo besteht keine Lohnkommission, wenn mochenlang mit den Arbeitgebern unterhandelt wird? Zudem wußten wir bestimmt, daß in den nächsten Tagen wieder verhandelt werden sollte. Hören wir noch wie unser Antrag ausgeführt wurde. Der Bevollmächtigte teilte der Versammlung mit, daß die „Christen“ bei ihm gesehen und gefragt hätten was sie bekommen, (Wie viel Geld? D. V.) wenn sie die Bewegung mitmachen. (Diese Lausche haben wir leider in dem Berichte der Holzarbeiter-Zeitung vermisst. D. V.) Die „Aufgeklärten“ nahmen das natürlich für bare Münze und gingen des andern Tages mit dieser Wissenschaft haushieren. — Was das Anrempeln eines Streikpostens betrifft, muß doch gesagt werden, daß, wenn vier Mann den Eingang besetzen, die Kollegen von der Arbeit abhätten wollen und bedrohen, obwohl kein Streik besteht und die Hälfte der „Genossen“ noch arbeiten, die Sache zu sehr nach Mache riecht. Auch bei dieser Bewegung zeigte sich, daß die Genossen immer getreu ihrem Grundsatz handeln: „Lüge nur tapfer drauf los, es bleibt doch etwas davon hängen.“

**Orgelbauer.**

**Mindelheim.** Das Orgelbaugeschäft von Julius Schwarzbauer ist kein Eldorado für charakterfeste Orgelbauer und Schreiner. Wie es scheint kann die Firma solche Arbeiter auch nicht brauchen, sonst würde man nicht gegen die organisierten Arbeiter so verfahren, wie es Herr und nicht minder auch Frau Schwarzbauer zu tun beliebten. Schon anlässlich der im August v. J. stattgefundenen Tarifbewegung, wußten wir die sonderbaren Eigenschaften dieses Arbeitgebers des näheren beleuchten und waren unsere Kollegen auch geneigt, damals wegen Nichtbewilligung der Forderungen in den Streik zu treten. Nach 10tägigem Streik und nachdem Schwarzbauer gesehen hatte, daß seine Be-

mühungen, einzelne Kollegen zum Streikbruch zu veranlassen ohne Erfolg blieben, hat er sich zum Abschluß eines Vertrags bereit erklärt. Nach langen Verhandlungen, in denen nicht selten Schwarzbauer sein gegebenes Wort wieder zurücknahm, kam ein Vertrag auf die Dauer von 2 Jahren zu stande. Damals schon äußerten sich die Kollegen, welche die Firma näher kennen, daß es nicht lange gut tun würde, denn Schwarzbauer nehme es mit gelassenen Abmachungen nicht immer genau. Leider ist diese Voraussage hinsichtlich der Einhaltung des auf Treu und Glauben, sowie durch Unterschrift abgeschlossenen Vertrages zum Teil eingetroffen. Zunächst zeigte sich die Firma als eine erbitterte Feindin der Organisation, daher geht ihr Trachten nur darauf, die organisierten Kollegen entweder auszustellen oder sie durch Ueberreden von dem Verband abzubringen. Geringschätzig Urursachen dienten dazu, einzelne organisierte Kollegen zu entlassen. An ihre Stelle wurden dann Leute aus allen Winkeln des schwäbischen Oberlandes herangezogen, ohne Rücksicht darauf, ob sie den gestellten Arbeiten auch gewachsen. Die Hauptsache ist bei Schwarzbauer, daß einer unorganisiert ist. Um da besser verfahren zu können, wurde auch ein „Geschäftsführer“ namens Horiz aus Dörsenhäusen eingestellt, der selbstredend auch kein Freund der Organisation ist, und auch wenig Verständnis dafür besitzt. Nachdem man einige Organisierte hinausgebracht hat, ist man daran gegangen, die unsicheren Kantontisten auch von der Organisation abzubringen. Was nun selten gelingt, hat Schwarzbauer fertig gebracht. Ein Orgelbauer, namens Muntrop, der vor und während der Bewegung über Schwarzbauer nicht genug schimpfen konnte und der ihn nicht nur einmal als einen schwachen Charakter bezeichnete, ist Schwarzbauer zuliebe aus dem Verband ausgetreten. Es ist dies jedenfalls auch aus Dank dafür geschehen, weil er bei der Lohnbewegung „von seinem Herrn“ wie ein Junge behandelt wurde. Dem Muntrop, der seinem Namen gewiß keine Ehre macht, ist noch ein jüngerer Kollege gefolgt, der allerdings nur aus Leichtsin und Unwissenheit so handelte. Nunmehr glaubte Schwarzbauer wieder allein Herr zu sein und handelte darnach. Der Vertrag wurde schon durch Annahme von Gehilfen in Kraft und Logis durchbrochen. Dann ließ sich Schwarzbauer sogar dazu herbei, daß er den gemäß besonderer Bestimmung angeschlagenen Vertrag von der Wand herunterriß. Nach glaubwürdigen Aussagen soll er sich auch dahin geäußert haben, daß die Bestimmung, wonach die Arbeitszeit ab 1. März 9 1/2 Stunden betragen soll, nicht durchgeführt wird. Letzteres erregt allerdings noch unmaßsächlich, da wir nur schwer annehmen können, daß Herr und Frau Schwarzbauer ihre Ehre und das Renommé ihres Geschäftes so leicht und wegen einer Bagatelle auf das Spiel setzen. Das wäre in Bayern, trotz dem Abschluß vieler Verträge, der erste Fall, wo wir einen derartigen Tarif- und Vorbruch zu verzeichnen hätten. Sollte wirklich die Firma sich mit der oben bezeichneten Absicht tragen, dann allerdings hat sie unsererseits den schärfsten Kampf zu erwarten. Und genießt Schwarzbauer wegen dem fortwährenden Wechsel seiner Arbeiter heute schon unter den Kollegen wenig Ansehen, so würde eine solche Tat geradezu einen öffentlichen Verruf des Geschäftes herbeiführen. Wir haben gewarnt.

**Sterbetafel.**

Hermann Homburg, Schreiner, gestorben zu Mellbergen (Bad Deynhaußen). Ruhe in Frieden!

**Gewerkschaftliches.**

**Eine unerhörte Beschimpfung.**

„Der Holzarbeiter“ hatte in seiner Nr. 2 sich mit der soziald. „Klassenmoral“ befaßt und geschrieben: „Die Existenz eines höheren Sittengesetzes wird von der soziald. Weltanschauung geleugnet. Bestimmte, ewig gültige Normen, die alle Menschen als die Grundlage ihres Handelns und Denkens anerkennen und befolgen müssen, verwerfen die Sozialdemokraten.“

Zum Beweise dessen, war ein Artikel zitiert, der jüngst die Kunde durch die sozialdemokratische Presse machte und in dem es hieß:

„Die Sittlichkeit bildet das Band, das die menschlichen Gemeinschaften zusammenhält. Ohne die gegenseitige Treue, Solidarität, Wahrhaftigkeit und Selbstaufopferung ihrer Mitglieder konnten sie nicht bestehen bleiben. Diese Gefühle gelten nur innerhalb der Gemeinschaft, der man angehört, mit der man durch dieselben Interessen verbunden ist. Hier sind sie notwendig; wo diese Interessen mit denen anderer Gruppen kollidieren, wären sie schädlich. Dem Feinde gegenüber, mit dem man kämpft, haben die sozialen Gefühle keine Geltung; man opfert sich nicht für ihn hin, übt keine Solidarität gegen ihn, sondern man sucht ihn zu schwächen und zu schädigen.“

Daran war „im Holzarbeiter“ die Bemerkung geknüpft: „Das ist die materialistische Klassenmoral in ihrer ganzen Brutalität und Gemeinheit ausgesprochen. Lüge, Verleumdung, Treulosigkeit und Falunkereien schlimmster Art sind nach dieser Moral höchst erlaubte Mittel im Kampfe gegen den Klassenfeind, gegen den Gegner überhaupt. Welcher Art sind denn vielfach die Waffen, die „Genossen“ gegen die christliche Arbeiterbewegung führen?“

War das nicht logisch gedacht? Ohne Zweifel! Anders urteilt darüber die „Holzarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 3. Nicht etwa daß sie abstreitet jene Moral sei die der Sozialdemokraten; sie erklärt, es sei eine Feststellung der Wissenschaft, (natürlich der soziald. Wissenschaft. D. R.) daß jene Moral zu allen Zeiten und bei allen Völkern Geltung gehabt habe. Es handele sich eben bei obigem Zitat nicht um die Feststellung einer ethischen Forderung, sondern um die Feststellung einer ethischen Tatsache.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ sagt damit, daß jene Klassenmoral auch heute noch Tatsache ist und geübt wird. Nach ihren Darlegungen wird diese Moral von allen Menschen, gleich ob christlich oder sozialdemokratisch gesinnt, geübt. Als notwendige Folgerung erklärt die „Holzarbeiter-Zeitung“, daß die Moral der christlichen Arbeiter, deshalb im Gegensatz zu der sog. Klassenmoral, eine hygienischer sei. Wir haben dem nichts hinzuzufügen.



wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“ für ihre Genossen im Kampfe mit dem Gegner, die Waffen der Lüge, Verleumdung, Treulosigkeit und Galunkei reklamiert. Aber wehren müssen sich die christlichen Arbeiter gegen die ungeheuerliche Beschimpfung, daß diejenigen, die im Kampfe mit dem Gegner diese Waffen verschmähen, Heuchler und Pharisäer sind.

Kollegen! Christlich gesinnte Holzarbeiter! Seht Euch vor, wenn Ihr mit Beuten zusammenkommt, deren Ergieherin die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist, die Euch wegen Eurer heiligsten Ueberzeugung für Pharisäer erklärt.

Noter Schwindel. Wieder ein „köstliches Pröbchen gewerkschaftschriftlicher Korruption“ hat die sozialdemokratische „Rhein. Zig.“ emblett und mit ihr der ganze Troß sozialdem. Blätter. Im Wahlkreis Siegen standen sich in letzten Wochen Nationalliberale und christlich-Soziale im heftigsten Kampfe um das Reichstagsmandat gegenüber. Natürlich wollten in der Agitation die Nationalliberalen auch sozial sein, was ihnen die Christlich-Sozialen nicht glauben wollten. Da machte der nationalliberale Parteisekretär Dr. Hugo in einer Versammlung in Buschhütten die „Enttöhlung“, daß der christlich-soziale Vic. Mumm bei einem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Gelder (1500 Mk.) für „christliche Gewerkschaftsstellen“ erbeten und erhalten habe. Diese „Enttöhlung“ fand auch Aufnahme in einem nationalliberalen Flugblatt. — Selbst wenn das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften die Behauptung Dr. Hugos nicht als un wahr erklären ließe, würde nicht einer von uns auf den Gedanken gekommen sein, es könnte was dran sein. Die christlichen Gewerkschaften brauchen keine Gelder von politischen Parteien oder Politikern. Sie sind unabhängig, frei, nach jeder Richtung hin. Erbschaftspflichtige Gewerkschaften in Deutschland sind außer den „Selben“ nur die sozialistischen. Die Behauptung Dr. Hugos kam: nur auf einer Verwechslung evangelischer bzw. christlich-sozialer Geschäftstellen und christlicher Gewerkschaftsbüros beruhen. Man braucht nicht Sachverständiger zu sein, um das sofort erkennen zu können. Die rote Presse scheint indes nur eine Nase für Verleumdungen zu haben. Daß Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften muß ihm wieder einmal etwas auf den Pelz brennen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Die „Selben“ und der Arbeitgeber-Schutzverband der Holzindustriellen. Demgemäß auch die „Selben“ unter den Holzarbeitern keinen Boden gewonnen haben, darf aus dieser Tatsache nicht gefolgert werden, daß noch keine Versuche unternommen worden seien, um auch unter den Holzarbeitern eine gelbe Kolonne zu bilden. Nicht unbekannt ist ja, daß die letzte Berliner Tagung der deutschen Tischlermeister ein Ergebnis schreiben des sog. „Handwerker-Schutzverbandes“ erzielten und daß Herr Kahardt dieser Organisation in rühmenden Worten gedachte.

In einer vom sozial. Metallarbeiter-Verbande herausgegebenen und „der gelbe Kampf“ betitelten Broschüre, werden nun einige Briefe des Obergelben Lebins an Herrn Kahardt veröffentlicht, die darauf schließen lassen, daß die treibende Kraft bei der Gründung einer gelben Holzarbeiter-Organisation der Arbeitgeber-Schutzverband bzw. Herr Kahardt war. Nachfolgend der Wortlaut der Lebins'schen Briefe:

Herrn Obermeister Kahardt, Alexanderstraße 31.

Sehr geehrter Herr Obermeister!

Der gelbe Arbeitsbund hat den Rheinischen Handwerker-Schutzverband in seinem Arbeitsnachweis, Chausseestraße 9, gern unterkunft gewährt. Im Vergleich zu unserem blühenden gelben Arbeiterverein in der Metallindustrie sieht man der gelbe Tischlergewerkschaft ein gar großes Dasein. Wir glauben, daß es möglich wäre, auch den Tischlergewerkschaften in die Höhe zu bringen. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie einigen unserer Bundesvorsitzenden Besuche machen würden, bei Ihnen vorzusprechen, um die Maßnahmen zur Hebung des Tischlergewerkschaftens zu erörtern.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Adolf Lebins.

Herrn Obermeister Kahardt, Alexanderstraße 31.

Was Ihre freundlichen Erlaubnis werden wir Schatz und Ihnen am nächsten Freitag zwischen 5 und 6 Uhr einen Besuch abstatten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Adolf Lebins.

Herrn Obermeister Kahardt, Alexanderstraße 31.

Sehr geehrter Herr Obermeister!

In der Freisprecherzeit des „Brennens“ findet sich ein heftiger Artikel über Meinte. Es wird dort die Mitteilung gemacht, daß Meinte zwei Tage vor der Beerdigung seine Privatklage gegen den „Brennens“ zurückgezogen hat. Natürlich wird jetzt über sozialdemokratische Arbeiter behauptet, die Klage des „Brennens“ gegen Meinte hätte der Beerdigung entsprochen.

Wahrscheinlich haben unsere Leute den sozialdemokratischen Verbleiben nicht erachtet, wenn diese auf die „Brennens“-Klage gegen H. Meinte, daß H. gelangt habe und die Gerichtsverhandlung als nicht ergeben werde. Was sollen unsere Gelben in der Meinte'schen von den Meinte antworten? Ich habe es für wahrscheinlich, daß H. jetzt sein Amt niederklegen muß. Wahrscheinlich bekommt unser junger Herr ein Lebensjahr. Ich glaube, daß Obermeister den Meinte in die Höhe bringen kann. Der gelbe Arbeiterverein kommt jetzt, wo wir den höchsten Lohn erhalten können, überdies gut vorwärts. Unsere gelben Holzarbeitervereine ist eine solche Erweiterung des Brennens durchsichtig.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Adolf Lebins.

Demnach ist hierzu, daß die gelbe Tischlergewerkschaften gelegentlich der großen Aussperrung im Jahre 1907 gegründet wurde. In der Zeit seiner Blüte soll er bereits 100 Mitglieder gehabt haben. — Die Briefe lassen keinen Zweifel darüber, daß die gelbe Holzarbeiterorganisation nur ein Versuch ist, die Überwindung des Arbeiter-Schutz-

verbandes. Es kann aber als Zeichen für den gefundenen Sinn der Holzarbeiter gelten, daß trotz dieser Unterstützung der „Handwerker-Schutzverband“ nach den Lebins'schen Behauptungen ein nur größliches Dasein fristet.

Ein Arbeitsnachweis für die Metallindustrie wurde vom Arbeitgeberverband der Metallindustriellen in Köln mit Beginn des Jahres errichtet. Nach dem Muster der Nachweise in Hamburg, Berlin usw. ist auch der Kölner aufgebaut. Ein Bedürfnis dazu lag kaum vor, da in Köln ein gut funktionierender städtischer Arbeitsnachweis besteht. Seine Errichtung kann deshalb als Zeichen für die sich in Köln breiter machende Scharfmacherei gelten. Ebenso wie an andern Orten, wird auch der Kölner Nachweis dazu dienen, die Arbeiter zu sichten und mißliebige Elemente zu maßregeln.

Soziale Rechtsprechung.

Die Montagezulage im Tarifvertrag. Das Gewerbegericht zu M.-Gladbach hat in seiner Sitzung vom 17. Dez. 1908 die Firma S. in Biersen verurteilt, an den Schreiner B. 1,80 Mk. Spesen nachzuzahlen, sowie demselben die gebabten Verzäumniskosten und Fahrtauslagen für den Termin in Höhe von 3,50 Mk., außerdem die vorgelegten Gerichtskosten (0,50 Mk.) zu erstatten. Der Tatbestand ist folgender:

Der Kläger, welcher als Schreinergehilfe bei der Beklagten in einem Dienstverhältnis stand, war für die Letztere auf Montage beim Bahnhofsbau in B. tätig.

Während er für die übrigen Tage einen Speisensatz von 2,10 Mk. täglich ausgezahlt erhalten, hat die Beklagte ihm für den letzten Tag nur 80 Pfg. gezahlt, mit der Begründung, es komme für den letzten Tag der § 5, Abs. b, nicht aber Abs. c des Tarifes und somit ein Speisensatz von 80 Pfg. in Frage und darnach sei der Kläger richtig ausgezahlt worden.

Der § 5 des bezogenen Tarifvertrages lautet in seinen Absätzen b und c wie folgt:

b. Bei weiter entfernten Montagen wird unter Fortfall des unter a Gesagten eine Entschädigung von 80 Pfg. und Fahrgeld gewährt.

c. 3/4 Uebernachten nötig, so werden unter Fortfall von a und b außer dem Fahrgeld mindestens 2,10 Mk. täglich für Speisen bezahlt.

Der Kläger legt nun den § 5 Abs. c dahin aus, daß der Arbeiter stets pro Tag 2,10 Mk. Speisen zu erhalten habe, wenn ein Uebernachten überhaupt nötig wird, gleichgültig, ob dieses für den letzten Tag auch der Fall ist. Diese Auslegung müsse sich naturgemäß ergeben, wenn man bedenke, daß der weit draußen befindliche Arbeiter sich den ganzen Unterhaltsbedarf für teures Geld zu beschaffen habe, während derjenige Arbeiter, der zwar außerhalb seines Wohnortes arbeite, aber jederzeit den Wohnort erreichen könne, sich den Unterhalt von Hause besorgen könne. Daß der letztere Arbeiter also mit 80 Pfg. leicht den Unterhalt bestreiten könne, sei erklärlich, für den ersteren jedoch sei ein Satz von 2,10 Mk. täglich auch ohne Nachquartier nicht zu hoch bemessen.

Tatsächlich habe die Beklagte bei früheren auswärtigen Montagen, so noch zuletzt in E., ihm auch für diejenigen Tage den Speisensatz von 2,10 Mk. pro Tag bewilligt, wo eine Uebernachtung nicht mehr erforderlich gewesen sei, um so befremdlicher erscheine es, wenn sie sich jetzt dessen weigere, wo das Dienstverhältnis nicht mehr bestehe.

Der Kläger stellt unter Bezugnahme auf seine Ausführungen den Antrag:

Die Beklagte durch vorläufig vollstreckbares Urteil kostenpflichtig zu verurteilen, an ihn die zu wenig gezahlten Speisen in Höhe von 1,80 Mk. für die Montagearbeit in Bohrwinkel nachzuzahlen, ferner ihm die bezugs Nachquartier des heutigen Termines entstandenen Verzäumniskosten und Fahrtauslagen mit 3,50 Mk., sowie auch die vorgelegten Gerichtskosten mit 50 Pfg. zurückzuerstatten.

Die Beklagte hat beantragt:

Die erhobene Klage kostenpflichtig durch vorläufig vollstreckbares Urteil abzuweisen.

Es führt hierzu aus, daß der Kläger den § 5 c ihres Tarifvertrages unrichtig auslege. Es verstehe sich von selbst, daß nur dann der Speisensatz von 2,10 Mk. täglich in Berechnung komme, wenn auch für den betreffenden Tag ein Nachquartier notwendig werde. Da nun den letzten Tag der Montagearbeiten in Bohrwinkel ein Uebernachten nicht mehr erforderlich gewesen wäre, so komme der § 5 b des erwähnten Tarifvertrages in Frage, wonach bei entfernteren Montagen eine Entschädigung von 80 Pfg. und Fahrgeld gewährt werde. Es sei allerdings richtig, daß sie dem Kläger bei den Montagearbeiten in Essen auch den letzten Tag, wo ein Nachquartier nicht mehr erforderlich gewesen sei, den Speisensatz von 2,10 Mk. bewilligt habe, ohne jedoch hierzu verpflichtet gewesen zu sein. Sie habe dies damals getan, weil bei dieser besondere Auslagen gehabt hätte.

Eine Einigung zwischen den Parteien konnte nicht erzielt werden.

Als Entscheidungsgründe führt das Urteil an: Es ist zweifellos, daß der § 5 des Tarifvertrages der Beklagten eine verschiedenartige Auslegung zuläßt und einer Ergänzung bedarf, um Mißverständnisse für die Folge zu vermeiden.

Das Gericht hat sich untergehend der Auffassung des Klägers angeschlossen, wonach bei Montagearbeiten, die ein Uebernachten überhaupt erfordern, ein Speisensatz von 2,10 Mk. täglich zu bezahlen ist, gleichgültig, ob darunter ein Tag fällt, wo ein Nachquartier nicht mehr erforderlich ist. Es ist darin der klägerischen Auffassung beigetreten, daß bei solchen Montagen, wo der Arbeiter keinen ganzen Lebensbedarf für hohes Geld den Wirtschaften und Geschäften entnehmen muß, er sich nicht für 80 Pfg. bescheiden kann wie derjenige Arbeiter, der sich auf Montage in erreichbarer Nähe seines Wohnortes befindet.

Das Gericht hält aber auch deshalb schon die Beklagte für verpflichtet, den erhöhten Speisensatz von 2,10 Mk. dem Kläger für den letzten Montagtag zu zahlen, weil die Beklagte bei früheren Gelegenheiten, so zuletzt in Essen, ebenfalls diesen Satz für den letzten Tag, wo ein Nachquartier nicht mehr erforderlich war, gezahlt hat. Welche Motive die Beklagte damals hierzu bewegen haben, ist gleichgültig. Es würde eine völlig unzulässige Einmischung sein, wenn die Beklagte nach dieser einmal den Speisensatz von 80 Pfg. und ein

anderesmal denjenigen von 2,10 Mk. bei gleichen Verhältnissen zahlen könnte.

Der Beklagte ist mit Rücksicht darauf, daß derartige Klagen sich leicht wiederholen können, zu empfehlen, dem ihm im Tarifvertrage einen Zusatz zu geben, der Zweifel dessen Auslegung nicht mehr aufkommen lassen kann.

Nach dem Gesagten mußte, wie geschehen, die Beklagte antragsgemäß verurteilt werden.

Aus dem gewerblichen Leben.

Die Bautätigkeit im Ruhrrevier verspricht im kommenden Frühjahr eine regere zu werden. Verschiedene Anzeichen deuten wenigstens darauf hin. So wird der „Rh.-Westf. Anz.“ aus der Dortmunder Gegend gemeldet: „Von den unter wirtschaftlichen Tiefstände leidenden Gewerben scheint das Baugewerbe sich hier zuerst allmählich wieder zu erholen.“ Die Zahl der Baukonzessionen von Privatunternehmen war im letzten Vierteljahre 1908 in einigen Städten in größeren Landgemeinden wesentlich höher wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Einstweilen geht die Geldknappheit einer rascheren Entwicklung jedoch nicht entgegen. Infolge Verlangens der Baubanken sind die Mittel der städtischen Sparkassen allzu stark angepannt. Die hiesige Sparkasse z. B. gab im Jahre 1908: 7 415 000 Mk. gegen 3 879 000 Mk. im Jahre 1907 und 2 704 000 Mk. im Jahre 1906 Baugeldern. Da jedoch verschiedene Beleihungsbanken in Tätigkeit zum Teil wieder aufgenommen haben, zum demnächst wieder aufnehmen werden, so ist eine Entlastung der Sparkassen und damit eine größere Geldflüssigkeit Baugeldern zu erwarten. Es ist mithin mit einiger Wahrscheinlichkeit eine Neubelebung der Bautätigkeit und damit für die Kalk-, Ziegel- und die entsprechenden Gebiete Eisenmarktes vorhanden.“

Rheinische Möbelfabrik in Beuel. Die Firma Rheinische Möbelfabrik (A. Steiner) in Beuel bei Bonn befindet sich infolge des Zusammenbruchs der Bonner Bank für Haus- und Gewerbe in Zahlungsschwierigkeiten. Es wird ein außergerichtlicher Vergleich angestrebt. Angeblich stehen 150 000 Mk. Masse 400 000 Schulden gegenüber.

Fachtechnischer und sozialer Fragekasten.

In diese Rubrik werden Anfragen und Antworten fachtechnischer und sozialer Art der Verbandsmitglieder aufgenommen. Von den Kollegen Auskunft der genannten Art wünscht oder bezügliche Antworten zu geben in der Lage ist, benutze den Fragekasten.

Frage 3: Die Kollegen, welche Noack moderner Möbelwerk (Düsseldorf) schon bezogen haben, möchte ich ersuchen, an dieser Stelle Auskunft über den Wert oder den Wert desselben zu geben.

Antwort 2: Ein Invalidenrentenantrag kann wegen Fehlens einzelner Aufrechnungsbescheinigungen nicht abgewiesen werden, weil die Versicherungsanstalt durch Einsichtnahme in die bei ihr aufbewahrten Quittungskarten die Zahl der gezahlten Beiträge feststellen kann. Die Aufbewahrung sämtlicher Aufrechnungsbescheinigungen ist jedoch aus verschiedenen Gründen dringend zu empfehlen, u. a. deshalb, weil die Karten bei der Versicherungsanstalt durch irgend ein Unglück, z. B. durch Brand verloren gehen können. R. R.

Frage 4: Kann mir vielleicht ein rechtskundiger Kollege genaue Auskunft darüber geben, ob es allein Gültigkeit hat, wenn am Kopf des Wochenarbeitszettels, wo die Art und Zeitdauer der Arbeit die Woche durch eingetragen steht: „Kündigung findet nicht statt.“ Die Zahlung des Lohnes erfolgt nur bei Vorlage dieses Zettels. Auf diesem Zettel werden dann Samstags die Arbeitsstunden und Lohn zusammen gerechnet und muß bei Auszahlung des Lohnes unterschrieben werden. Quittieren wir da mit unserer Unterschrift nur den Empfang des Lohnes, oder unterschreiben wir auch zugleich einen Kündigungsvertrag? R. R.

Frage 5: Wie läßt sich an kleineren Orten Gründung von Rabattsparvereinen bewerkstelligen und welche Erfahrungen haben Kollegen an anderen kleinen Orten derart gemacht? R. R.

Anmerkung der Redaktion. In der Regel werden die freigestellten Fragen 8 oder 14 Tage nach Bekanntgabe beantwortet und bitten wir die fragenden wie antwortenden Kollegen, sich möglichst kurze in der Fassung zu befehligen.

Adressenveränderungen.

Wesberg. V. Hans Müller, Regensburgerstr. 31 1/2. Schöps. V. Michael Rumbacher, Englerstr. 35. R. J. Peters, Konnt. 32. L. von Kay, am Markt. Gerford. R. W. Siebrasse, Diebroderstr. 445.

Briefkasten.

Hildesheim. Ganz recht so. Da sehen wenigstens sieben Zahlstellen wie gearbeitet werden muß. Gruß. Des Feiertags „Maria Lichtmess“ halber ist für die nächste Nummer bereits Montage Mitteilungsblatt Nr. 10 schon in die nächste Nummer zurück bleiben.